

INHALT

Einleitung	1
1. Die Umwandlung des demokratischen Systems der ČSR in ein Einparteiensystem stalinistischen Typs und ihre Rückwirkung auf die Verfassungs- und Rechtsordnung	3
1.1. Die Grundzüge des politischen Systems sowie des Rechts- und Wirtschaftssystems in der demokratischen Nachkriegsperiode 1945–1948	3
Zusammenfassung	12
1.2. Kurzer Abriß der rechtspolitischen Aspekte der Machtergreifung durch die KPČ im Jahre 1948	13
1.3.1. Reflex des sozialen Wandels auf das politische System	20
1.3.2. Reflex des sozialen Wandels auf das System der Staatsorgane	35
1.3.3. Reflex des sozialen Wandels auf das Wirtschaftssystem	44
1.3.4. Reflex des sozialen Wandels auf die Grundrechte und -freiheiten	49
Zusammenfassung	59
2. Die Periode des Prager Frühlings	61
2.0. Allgemeine theoretische Ausgangspunkte der Konzeption des politischen und Verfassungssystems des Prager Frühlings	61
2.1. Veränderungen des politischen Systems im Zeitraum des Prager Frühlings	76
2.1.0. Theoretische Konzeptionen zur Veränderung des politischen Systems im Zeitraum des „Prager Frühlings“ entwickelt	76
2.1.0.1. Die soziale Basis des neuen politischen Systems	76
2.1.0.2. Vorstellungen über das pluralistische System	79
2.1.0.3. Wahlen	93
2.1.0.4. Der Charakter der Opposition	96
2.1.0.5. Die Stellung der Kommunistischen Partei	102
2.1.0.6. Veränderung der innerparteilichen Beziehungen	112
Zusammenfassung	113
2.1.1. Die Konzeption des neuen Systems in den Stellungnahmen der Organe der KPČ	115
2.1.1.1. Das Aktionsprogramm des ZK der KPČ vom April 1968	115
2.1.1.2. Die Resolution des ZK der KPČ vom 1. Juni 1968	120
2.1.1.3. Der Standpunkt der außerordentlichen Konferenz der Prager Stadtorganisation der KPČ	124

2.1.1.4.	Programmdokumente des außerordentlichen XIV. Parteitages der KPČ . . .	126
2.1.2.	Der Wandel des politischen Systems während des Prager Frühlings und sein Reflex in der Verfassungs- und Rechtsordnung	133
	Zusammenfassung	139
2.2.	Das System der Staatsorgane	141
2.2.0.	Die theoretischen Grundlagen des Systems der Staatsorgane und ihre gegenseitigen Beziehungen zur Zeit des Prager Frühlings	141
2.2.0.1.	Allgemeine theoretische Ausgangspositionen für das System der Staats- organe	141
2.2.0.2.	Die Selbstverwaltung als Element des Aufbaus des politischen und des Ver- fassungssystems der tschechoslowakischen Gesellschaft	145
2.2.0.3.	Die territoriale Selbstverwaltung	148
2.2.0.4.	Die gegenseitigen Bindungen der Vertretungsorgane	162
2.2.0.5.	Die Bestellung der Vertretungsorgane	164
2.2.0.6.	Besondere Selbstverwaltungsorganisationen	171
2.2.0.7.	Die Wiederbelebung des Prinzips der Gewaltenteilung	172
2.2.0.8.	Das Verhältnis zwischen der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt	176
2.2.0.9.	Die Stellung der Gerichte und ihr Verhältnis zur vollziehenden und gesetz- gebenden Gewalt	180
2.2.0.10.	Die Unabhängigkeit des Gerichtes, Entstehen und Erlöschen der richter- lichen Funktionen	181
2.2.0.11.	Die Unabhängigkeit der Richter von den politischen Organen sowie den Staatsorganen	185
2.2.0.12.	Das Verhältnis der Exekutive zur Judikative – die Verwaltungsgerichtsbar- keit	197
2.2.0.13.	Das Verhältnis der Exekutive zur Justiz – die Prokuratur	208
2.2.0.14.	Das Verhältnis der Justiz zur Exekutive – der Untersuchungsrichter	213
2.2.0.15.	Die Meinungen der kollektiven Fachorgane über die Verwaltungsgerichtsbar- keit, die Funktion der Prokuratur und über den Untersuchungsrichter . . .	214
2.2.0.16.	Das Verhältnis der Judikative zur Legislative – das Verfassungsgericht	219
2.2.1.	Vorschläge für eine Neuregelung der Beziehungen im System der Staatsor- gane – in den Dokumenten der KPČ bzw. in verschiedenen Gesetzentwür- fen	222
2.2.2.	Der Reflex der Änderungen im System der Staatsorgane in der Verfassungs- und Rechtsordnung	228
2.2.2.1.	Veränderungen unter dem Gesichtspunkt des Prinzips der Volkssouve- ränität	229
2.2.2.2.	Veränderungen unter dem Gesichtspunkt des Prinzips der Gewaltentei- lung	234

Zusammenfassung	243
2.3. Veränderungen des ökonomischen Systems in der Periode des Prager Frühlings	245
2.3.0. Theoretische Ausgangspunkte für die Veränderungen des ökonomischen Systems in der Periode des Prager Frühlings	245
2.3.1. Allgemeine Charakteristik des administrativ-direktiven ökonomischen Systems	249
2.3.2.0. Die wichtigsten Charakteristika des neuen ökonomischen Systems ...	251
2.3.2.1. Die Vorstellungen über das neue ökonomische System in den Dokumenten der KPČ	254
2.3.2.2. Die juristische Regelung des neuen ökonomischen Systems – Methoden und Instrumente der ökonomischen Lenkung	256
2.3.3.0. Die juristische Gestaltung des neuen ökonomischen Systems. Die Stellung der Betriebe	260
2.3.3.0.1. Der Betriebsrat	261
2.3.3.0.2. Der Streit um den Charakter der betrieblichen Selbstverwaltung	265
2.3.4. Das betriebliche Eigentum	269
2.3.5. Das ökonomische Zentrum	281
2.3.6. Die Rechtsstellung der Betriebe, der betrieblichen Selbstverwaltung und die Frage des Betriebseigentums in den Dokumenten der KPČ	283
2.3.7. Der Gesetzentwurf über den Betrieb	287
2.3.8. Der Wandel des ökonomischen Systems in der Zeit des Prager Frühlings und sein Reflex auf die Verfassungs- und Rechtsordnung	294
Zusammenfassung	295
2.4. Änderungen in der Rechtslage des einzelnen in der Periode des Prager Frühlings	297
2.4.0. Allgemeiner theoretischer Standpunkt zur Problematik der Grundrechte und -freiheiten	297
2.4.0.1. Änderungen in der Rechtsauffassung und in der Interpretation der sozialistischen Gesetzlichkeit in der Zeit des Prager Frühlings	307
2.4.0.2. Das Gleichheitsprinzip	312
2.4.0.3. Die Freiheit der Rede	316
2.4.0.4. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit	319
2.4.0.5. Das Streikrecht	329
2.4.0.6. Die Freizügigkeit	331
2.4.0.7. Der gerichtliche Schutz des einzelnen	333
2.4.0.7.1. Die Unschuldsvermutung	335
2.4.0.7.2. Das Prinzip des gesetzlichen Richters	338
2.4.0.7.3. Die Stärkung der Position der Gerichte im Strafverfahren und beim Strafvollzug	339

2.4.0.7.4.	Die Gleichheit der Prozeßparteien	340
2.4.0.7.5.	Die Erweiterung der Prozeßinitiative des einzelnen	342
2.4.0.7.6.	Das Recht auf Verteidigung	345
2.4.0.7.7.	Das materielle Strafrecht	348
2.4.0.8.	Schadenersatz für eine ungesetzliche Entscheidung	351
2.4.0.9.	Das Recht auf Arbeit	355
2.4.1.	Reflex des Systemwandels auf die Grundrechte und -freiheiten	359
2.4.1.1.	Gleichheitsprinzip	359
2.4.1.2.	Das Gesetz über die gerichtliche Rehabilitierung	363
2.4.1.3.	Das Gesetz über die Verantwortung für den Schaden, der durch die Entscheidung des Staatsorgans oder seine fehlerhafte amtliche Handlung verursacht wurde	367
2.4.1.4.	Das Gebiet des Arbeitsrechts	369
2.4.1.5.	Einige Teilregelungen auf dem Gebiet der Grundrechte und -freiheiten	370
	Zusammenfassung	371
2.5.	Einige allgemeine, aus dem Emanzipationsprozeß sich ergebende Schlußfolgerungen	372
3.	Die Restalinisierung	378
3.0.	Allgemeine Züge des „Konsolidierungsprozesses“	378
3.1.	Der Abbruch der Reformpolitik und die Praxis der Restalinisierung	382
3.1.1.	Die Rückkehr zum Einparteiensystem stalinistischen Typs	382
3.1.1.1.	Die Übergangsperiode	383
3.1.1.2.	Die Periode der eigentlichen „Konsolidierung“	387
3.1.2.	Die Rückwirkungen der „Konsolidierungspolitik“ auf die Rechtsstellung und die Wechselbeziehungen der Staatsorgane	393
3.1.2.1.	Veränderungen in der Auffassung des Prinzips der Volkssouveränität	394
3.1.2.2.	Veränderungen unter dem Gesichtspunkt des Prinzips der Gewaltenteilung	400
3.1.3.	Die Rückkehr zu einem direktiv-administrativen Volkswirtschaftssystem	405
3.1.4.	Der „Konsolidierungsprozeß“ im Bereich der Grundrechte und -freiheiten	413
	Zusammenfassung	426
3.2.	Die theoretische Begründung der Rückkehr zum Einparteiensystem stalinistischen Typs	428
3.2.1.	Die falsche Antizipierung der Entwicklungsstufe der tschechoslowakischen Gesellschaft	430
3.2.2.	Die falsche Interpretation des Staates des gesamten Volkes	435

3.2.3.	Die Unvereinbarkeit bürgerlicher und sozialistischer Rechtsinstitute	442
3.2.4.	Die Ablehnung des sozialistischen Pluralismus	447
3.2.5.	Die Ablehnung der territorialen Selbstverwaltung	455
3.2.6.	Die Ablehnung des Prinzips der Gewaltenteilung	457
3.2.7.	Die Ablehnung einer sozialistischen Marktwirtschaft und der Betriebs- räte	459
3.2.8.	Die Rückkehr zur dogmatischen Auffassung von Grundrechten und -freiheiten	462
3.2.9.	Die Rückkehr zur klassenmäßigen Rechts- und Gesetzlichkeitsauffassung . . .	469
	Zusammenfassung	477
	Fazit	480
	Literaturverzeichnis	483
	Fachdiskussionen	504
	Personenregister	509